DRUCKSACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

WWW.DRUCKSACHE.INFO

AUSGABE 16 · Juli 2019

Inklusion
Wieso Behindertenwerkstätten erhalten bleiben müssen
Seite 3

Mohring trifft
Wo Chancen und Risiken der künstlichen Intelligenz liegen
Seite 4

Drogenpolitik
Wie Dealer dank Rot-Rot-Grün gratis ihren Stoff testen können
Seite 8

Maß und Mitte

Politik, meinte einst der berühmte, in Erfurt geborene Soziologe und Nationalökonom Max Weber, „bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß.“ Blickt man sich dieser Tage in Deutschland um, gewinnt man den Eindruck, dass davon außer der Leidenschaft gerade mal wieder wenig übrig geblieben ist. Manche Debatten machen einen geradezu hysterischen Eindruck. Die einen sehen das Abendland untergehen, die nächsten gleich die ganze Welt, andere wollen im Osten Deutschlands nur Nazis sehen. Alle zusammen scheinen zu meinen, nur sie hätten die Wahrheit gepachtet und alle anderen seien böswillig oder dumm. Die LINKE Hennig-Wellsow meint, nach Ramelow komme nur noch die Barbarei. Der AfD-Vorturner Höcke sieht bei der Konkurrenz vornehmlich Psychopathen und Schizophrene am Werk. Der Politik traut man nichts zu - und erwartet im gleichen Atemzug alles von ihr. Keine praktikablen Lösungen, sondern am liebsten gleich Erlösung von allen Übeln der Welt. Und das möglichst umgehend.

Die Sommerferien wären eine gute Gelegenheit, mal einen Gang zurückzuschalten und sich ein paar Dinge in Erinnerung zu rufen: In der Politik werden keine ewigen Wahrheiten verhandelt, sondern schlicht Interessen und unterschiedliche Vorstellungen von dem, was gut und richtig ist. Dafür gibt es Institutionen wie den Landtag und Verfahren, die dafür sorgen, dass möglichst viel mit in den Blick gerät und ausgesprochen wird. Das dauert nun einmal. Doch gerade wenn die Leidenschaften allenthalben hochkochen, ist das besonders wichtig. Denn so erhält auch das Augenmaß eine Chance. Wir Christdemokraten nennen es Maß und Mitte.

© picture alliance / Markus Scholz/dpa

Waffen an sensiblen Orten verbieten

CDU-Fraktion will Messergewalt eindämmen

Die Gewalt mit Messern hat zugenommen.
Der Rechtsstaat muss konsequent dagegen vorgehen.

Raymond Walk,
Mitglied des Innenausschusses
im Thüringer Landtag

Thüringens Ordnungsbehörden sollen künftig an besonders sensiblen Orten Waffenverbote anordnen dürfen. Das beantragt die CDU-Landtagsfraktion. „Bremen und Niedersachsen haben bereits einen solchen Antrag zur Änderung des Waffengesetzes im Bundesrat gestellt“, erklärt der CDU-Innenexperte Raymond Walk. „Wir fordern die Thüringer Landesregierung auf, diese Initiative zu unterstützen.“ Damit wird den Kommunen ein Weg eröffnet, das Mitführen von Messern an besonders sensiblen Orten von vornherein zu verbieten.

Ziel ist eine bundesweite Regelung, die es jedem Land ermöglicht, die Ordnungsbehörden zur Festlegung solcher Zonen zu ermächtigen. „Das können Schulen sein, Veranstaltungen oder auch das Umfeld von Flüchtlingsunterkünften“, erläutert Walk. Die Stadt Wiesbaden hat damit in einem Modellversuch seit Anfang des Jahres bereits positive Erfahrungen gemacht. Der Einwand, die Bürger machten sich dann schon mit einem mitgeführten Taschenmesser strafbar, ist Unsinn: Das Waffenverbot gilt nicht für verkehrsübliche Taschenmesser und ebenso nicht bei der Berufsausübung oder für allgemein anerkannte Zwecke, beispielsweise für Sportwaffen.

Zwar wird es noch bis 2020 dauern, bis bundeseinheitliche Zahlen zu Messerattacken in der polizeilichen Kriminalstatistik vorgestellt werden können. Dennoch wird auch im Freistaat offenbar immer häufiger zugestochen. Insgesamt 989 Mal, so die Zahlen aus dem Innenministerium, ist das Messer im vergangenen Jahr in Thüringen als Tatwerkzeug gezückt worden. In einem Drittel der Fälle erlitten die Opfer schwerste oder lebensgefährliche Verletzungen. Im Jahr 2017 zählte die Polizeistatistik nur 866 Fälle.

Die CDU-Fraktion fordert Innenminister Georg Maier (SPD) daher auf, detaillierte statistische Angaben zu Messerangriffen in Thüringen vorzulegen – und zu erklären, was er bislang unternommen hat, um diese bundesweit einheitlich zu erfassen. Raymond Walk ist überzeugt: „Diese Form der Gewalt hat zugenommen. Der Rechtsstaat muss konsequent dagegen vorgehen.“

Aus der Fraktion

Fahren ab 16

Per Modellversuch sollen schon 16-jährige Jugendliche unter Aufsicht eines erwachsenen Begleiters Auto fahren dürfen. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat jetzt einen entsprechenden Antrag in das Parlament eingebracht. Bislang ist das begleitete Fahren erst für 17-Jährige möglich. „Statistische Auswertungen von Unfällen zeigen jedoch, dass gerade nach Erwerb der Fahrerlaubnis die größte Gefahr im ‚Allein-Fahren' besteht", so der CDU-Verkehrsexperte Marcus Malsch. Ebenfalls statistisch belegt: Wer als Anfänger Begleitung hatte, baute 20 Prozent weniger Unfälle als andere Fahranfänger.

Investitionen ausgebremst

„Das geplante Thüringer Vergabegesetz macht Aufträge der öffentlichen Hand bürokratisch und teuer", warnt der mittelstandspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herbert Wirkner. Auch bei der Experten-Anhörung im Wirtschaftsausschuss stieß der Entwurf der Landesregierung auf breite Ablehnung. Kritisiert wurden unter anderem vergabefremde ökologische und soziale Kriterien, die für die Firmen mit viel Bürokratie und hohem Arbeitsaufwand verbunden sind. Auch der Mindestlohn von 11,42 Euro bei öffentlichen Aufträgen macht es für viele Firmen unattraktiv, sich an Ausschreibungen zu beteiligen. „Dieses Vergabegesetz bremst öffentliche Investitionen aus", so Wirkners Urteil.

© Africa Studio - stock.adobe.com

Schulgesetz stellt falsche Weichen für Thüringen

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat ihr viel kritisiertes Schulgesetz durch den Landtag gedrückt – gegen den Widerstand der CDU-Fraktion. „Eine Aufgabe der Politik ist es, den Unterricht abzusichern und dafür genügend gut ausgebildete Lehrer einzustellen. Dazu trägt das Schulgesetz in keiner Weise bei, und das ist sein gravierendster Mangel", so der bildungspolitische Sprecher der Landtags-CDU, Christian Tischner. Im Gegenteil wird den Lehrern die Konzentration auf ihr Kerngeschäft, den Unterricht, durch allerhand Sonderaufgaben erschwert. Die CDU stimmte auch gegen das Gesetz, weil es einzelne Schultypen gezielt schlechter stellt. „Damit benachteiligt Rot-Rot-Grün die Regelschulen und macht Förderschulen zum Auslaufmodell", erklärte Tischner. Gleichzeitig wird die Gemeinschaftsschule aus ideologischen Gründen einseitig privilegiert.

Den Ansatz der CDU-Fraktion umriss Tischner so: „Kern unserer Bildungspolitik ist die richtige Schule für jeden. Das bedeutet, alle Schultypen zu stärken und auf Unterrichtsqualität zu setzen." Konkret hat die CDU ihre eigenen Vorstellungen und die Kritik am rot-rot-grünen Schulgesetz mit einem Antrag untersetzt. Darin macht die Unionsfraktion noch einmal ihre Kernforderungen auf: „Wir müssen mehr ausbilden, um dem gravierenden Lehrermangel an den Schulen zu begegnen. Dazu müssen die Ausbildungskapazitäten an den Thüringer Hochschulen deutlich erhöht werden", nennt Tischner einen zentralen Punkt. „Gleichzeitig brauchen wir attraktive Lehrerstellen und sehr viel schnellere Einstellungsverfahren. Hier hat die Landesregierung viel zu lange geschlafen", so der Bildungspolitiker weiter. Am Ende steht für den CDU-Abgeordneten eines fest: „Ohne ein Sofortprogramm gegen den Unterrichtsausfall an den Thüringer Schulen wird die Landesregierung die Situation nur weiter verschlimmern. Stattdessen vertut die Linkskoalition ihre Zeit mit einem Schulbelastungsgesetz, das keinen einzigen zusätzlichen Lehrer an unsere Schulen bringt", so das Urteil des CDU-Bildungspolitikers.

Inklusions-Reportage

Gelebte Inklusion

Der gut zweistündige Rundgang durchs Haus ist fast beendet, Astrid Faber will sich gerade verabschieden, da kommt ein junger Mann im Foyer der Einrichtung auf sie zu, umarmt die Leiterin der Diakonie Doppelpunkt in Mühlhausen. „Sie machen das so gut. Ich fühle mich wohl hier“, sagt der Mann. „Danke.“ Astrid Faber lacht kurz auf, wehrt das Kompliment halbherzig ab. „Er ist unser größter Charmeur, hat immer ein nettes Wort parat für alle hier.“ Sie löst sich aus der Umarmung, bittet, dass sie sich noch kurz um ihre Gäste kümmern könne. Die Ansage ist klar, aber freundlich. Der junge Mann – er ist einer von rund 600 Klienten in der Einrichtung. So nennt die Diakonie die Arbeitnehmer in einer der größten Werkstätten für behinderte Menschen im Unstrut-Hainich-Kreis.

„Im Grunde genommen ist es ja nicht nur eine einzelne Einrichtung“, sagt Astrid Faber. „Wir haben eine Hauptwerkstatt mit zehn Zweig- und Nebenstellen.“ Und noch viel mehr berufliche Möglichkeiten für die teils geistig, teils körperlich und teils auch mehrfach behinderten Arbeitnehmer.

In der Textilwerkstatt etwa wird gerade eine größere Menge an Kissen genäht. In der benachbarten Holzwerkstatt arbeiten einige Mitarbeiter an Musterkoffern für einen Kunststoffhersteller. Auch können Unternehmen ihre Akten durch eine Abteilung der Werkstätten vernichten lassen. Daneben gibt es in Stadt und Landkreis verstreut eine eigene Fleischerei, einen Gastronomiebetrieb oder eine Gartenbaufirma. „Wir sind also in der Lage, den Menschen mit Handicap eine Vielzahl von unterschiedlichsten Tätigkeiten anzubieten, jeweils entsprechend der Stärken und Talente, die sie haben“, sagt Frau Faber.

Und das kann durchaus anspruchsvoll sein. In der benachbarten Metallwerkstatt etwa bedienen einige junge Männer hochmoderne CNC-Fräsen und stellen Teile für die Automobilindustrie her. Weder Name des Unternehmens noch die genaue Teile-Bezeichnung dürfen genannt werden. Noch ein Raum weiter ist die Industrie-Produktion nicht ganz so sensibel. Die zwölf Mitarbeiter kleben Dichtungen in Rücklichter für Ford ein. Hier arbeitet auch Claudia Köthe. „Mir gefällt es hier sehr gut. Die Arbeit ist abwechslungsreich. Wir können uns ja auch aussuchen, wo wir arbeiten wollen.“ Frau Köthe ist seit 21 Jahren Klientin der Behindertenwerkstatt. Sie lebt ein weitgehend selbstständiges Leben außerhalb der Werkstätten, berichtet sie stolz. Auf Arbeit sei ihr vor allem die Atmosphäre wichtig. „Die Kollegen sind nett hier. Wir feiern Frühlingsfeste, Fasching gemeinsam. Zu Geburtstagen geben wir eine Runde aus. Das finde ich schön.“

Geschäftig ist die Atmosphäre ein paar Schritte den Flur hinunter in der Holzwerkstatt. Zwei große Räume öffnen sich dem Besucher hinter einer schweren Stahltür. Es riecht nach Sägespänen und Lacken. Es wird gehämmert und gebohrt. Ein Mann ölt einen schweren Holztisch ein, während Diakonie-Mitarbeiter Jan Osterland die große Laserschneidmaschine kontrolliert. Herr Osterland gehört zu den rund 400 Angestellten der Diakonie Doppelpunkt. Er kam als junger Geselle im Jahr 2000 zur Einrichtung. Bevor er seinen Arbeitsvertrag unterschieb, hatte er in der Kantine immer mal zu Mittag gegessen. „Irgendwann kam dann das Angebot. Ich habe es nie bereut“, sagt er. Auch wenn die Arbeit mit den bis zu zwölf behinderten Arbeitnehmern immer anders als ursprünglich gelernt und manchmal anstrengend sei. „Aber sie ist stets erfüllend“, sagt Jan Osterland. Für Astrid Faber ist daher die Debatte um die Daseinsberechtigung von Behindertenwerkstätten, wie sie von einigen Verbänden selbst vorangetrieben wird, unverständlich. So fordert die „LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.“ beispielsweise „Angebote außerhalb stationärer Einrichtungen und die Entwicklung einer Strategie zum Abbau aussondernder Einrichtungen“. Inklusion – so der Gedanke dahinter – erfordere eine betreute Beschäftigung der Menschen mit Handicaps in den Unternehmen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Für die Diakonie ist das jedoch der falsche Weg. „Wir gehören in den neuen Ländern zu den ersten, die Inklusionsfirmen eröffnet haben. Und wo es passt, ist ein Übertritt in den allgemeinen Arbeitsmarkt wünschenswert und wird auch gemacht.“ Das Reinigungsgewerbe sei eine beispielhafte Branche hierfür. „Aber man muss auch wissen, dass etwa Menschen mit geistiger Behinderung Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben haben und daher viele Tätigkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt gar nicht wahrnehmen können.“ Insofern stellen aus Sicht der Diakonie Behindertenwerkstätten auch in Zukunft einen wichtigen Baustein dar, Menschen mit Handicaps – wenn irgend möglich – ein ausgefülltes Berufsleben zu vermitteln, ohne sie zu überfordern.

Von Matthias Thüsing

Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz und 5G bergen große Chancen für Thüringen.

Um sie zu nutzen, muss der Netzausbau weit entschlossener vorangetrieben werden als bislang.

Prof. Dr. Mario Voigt,
Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

©phonlamaiphoto - stock.adobe.com

Künstliche Intelligenz hilft, die Informationsflut zu bewältigen und uns zu zeigen, was wir hören und sehen wollen.

Die Kehrseite sind immer kleinere Filterblasen, was problematisch ist.

Gerold Wucherpfennig,
Medienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Mohring trifft:

Prof. Dr. Philipp Slusallek, wissenschaftlicher Direktor am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz

Professor Slusallek, Sie sind Mitbegründer des europäischen KI-Netzwerkes CLAIRE, in dem sich Einrichtungen und Wissenschaftler organisieren, die zur Künstlichen Intelligenz forschen. Die mehr als 3000 Mitglieder wissen, um was es geht. Viele Bürger nicht.

Slusallek: Künstliche Intelligenz – KI – ist nichts ganz und gar Neues, denn die automatisierte Verarbeitung immer größerer Datenmengen hat sich über Jahrzehnte entwickelt. Das bekommt jedoch eine neue Qualität: KI-Systeme können ihre Umgebung wahrnehmen, die Daten analysieren und auf dieser Basis Probleme lösen. Es sind lernende Systeme, die durch Wiederholung gleichsam trainiert werden. Das populärste, aber bei weitem nicht einzige Beispiel ist das autonome Fahren. Unser Ziel ist es, menschliches Denken und Handeln zu verbessern, jedoch nicht zu ersetzen. Es entsteht ein riesiger Werkzeugkasten, mit dem wir Probleme lösen können. Was KI mal können wird, kennen wir vielleicht zu fünf Prozent.

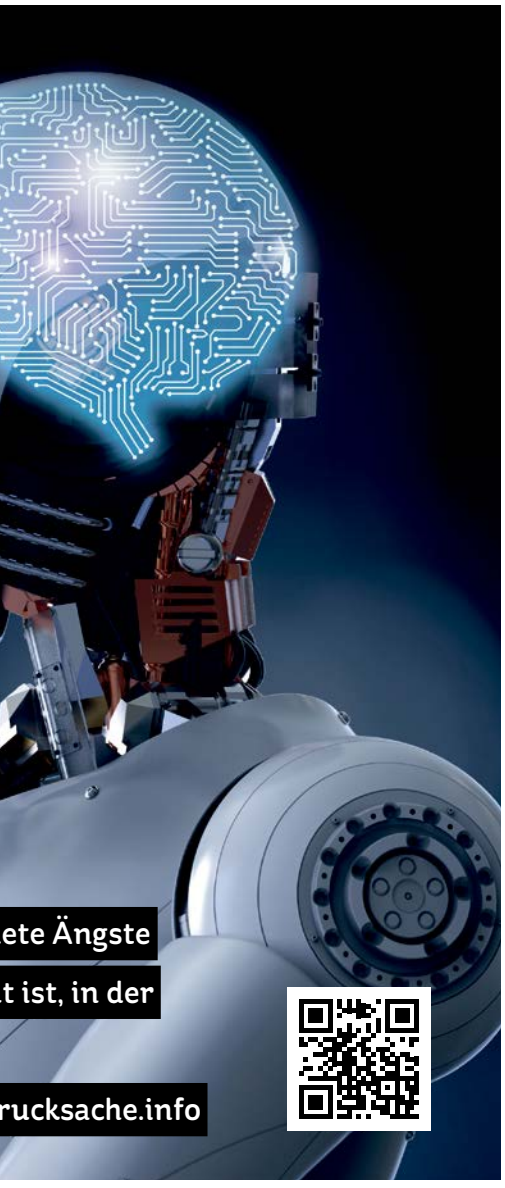
Herr Mohring, die Vorsitzenden der Unionsfraktionen in den deutschen Parlamenten haben KI Anfang Juni zu einem Hauptthema ihrer Jahreskonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Weimar erhoben und ein Papier dazu veröffentlicht. Was hat das mit Thüringen zu tun?

Mohring: Auf diesem Feld entscheidet sich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen für die Zukunft. Die Weltmacht China investiert Milliarden in den Bereich. Internetkonzerne wie etwa Google, Facebook oder Amazon sowieso. Die sitzen jedoch bekanntermaßen in den USA. Für ein Land wie Thüringen ist entscheidend, dass das Thema auch beim Mittelstand ankommt. Prozesse, die sich automatisieren lassen, bringen echte Kostenvorteile.

Sieht fast so aus, als ob andere das Spiel spielen. Wo stehen wir in der Forschung? Wo liegen die Probleme in der Praxis?

Slusallek: Zuerst die gute Nachricht: Der Zug ist noch nicht abgefahren. Forschung und Ausbildung sind exzellent, da sind wir in Deutschland ganz vorne mit dabei. Dann zwei Einschränkungen: Viel zu viele der guten Köpfe gehen weg, weil die Arbeitsbedingungen nicht passen. Und wir bekommen es nicht hin, dass deutsche Forschungsergebnisse auch in Deutschland aufgegriffen werden.

Mohring: Deshalb hat sich die Fraktionsvorsitzendenkonferenz auch dafür ausgesprochen, dass wir die Bezahlung und die Arbeitsstrukturen auch einmal international vergleichen und etwa Fondslösungen gefunden werden, um Experten angemessen zu entlohnen. Es kann nicht sein, dass die „KI made in Germany"



an der deutschen Besoldungsordnung scheitert.

Slusallek: Die Bezahlung ist die eine Seite, die andere Seite sind die spannenden wissenschaftlichen Herausforderungen. Ein Beispiel aus der Physik ist die weltweit größte Forschungseinrichtung für die Teilchenphysik, bekannt unter der Abkürzung CERN. Sitz ist nicht das Silicon Valley, sondern die Schweiz. Ein Gemeinschaftswerk von 23 europäischen Staaten, das mehr als 14 000 Gastwissenschaftler aus aller Welt nutzen. Etwas Vergleichbares brauchen wir für die KI in Europa – eine Art „CERN für KI". Daran arbeitet das erwähnte Netzwerk CLAIRE.

Der zweite von Ihnen angesprochene Punkt war die Beobachtung, dass wir in der Forschung zwar in der ersten Liga spielen, es aber an der Umsetzung hapert. Was tun?

Slusallek: Forschung und Wirtschaft müssen stärker aufeinander zugehen. Das heißt, vor allem die Unternehmen sollten enger in die Forschung eingebunden werden und sich mehr zutrauen. Das ist auch eine kulturelle Frage. Die Deutschen und Europäer sind zögerlicher, frühzeitig ins Risiko zu gehen, selbst auf die Gefahr hin, dass nicht alle Früchte reifen. Wenn man wartet, bis alle anderen es auch schon tun, ist man nur Mitläufer unter „ferner liefen".

Mohring: Die Ende 2018 vorgestellte KI-Initiative der Bundesregierung setzt an diesem Punkt an. Ein Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 und KI-Trainer sollen dazu beitragen, dass die Ergebnisse der KI-Forschung auch im Mittelstand ankommen und die Forschung genauer hinschaut, was die Unternehmen brauchen. Aber es stimmt: Dies ist ein zähes Geschäft, und das unternehmerische Risiko wird immer eines bleiben. Durch steuerliche Anreize, Fördermittel und den leichteren Zugang zu Wagniskapital lässt es sich aber abmildern. All das haben die Unions-Fraktionsvorsitzenden der Bundesregierung auf den Pflichtenzettel geschrieben.

Lassen Sie uns noch einmal bei dieser milliardenschweren KI-Strategie des Bundes bleiben. Was hat Thüringen davon?

Mohring: Wir sollten diese Initiative als Chance begreifen und eine angemessene Berücksichtigung einfordern. Mit der KI besteht aber die Möglichkeit, bei der Wirtschaft der Zukunft an der Spitze mit dabei zu sein. Deshalb setze ich klar darauf, dass Thüringen bei den in Aussicht gestellten 100 neuen Professuren und den zwölf KI-Zentren berücksichtigt wird. Mit den Instituten für Datenwissenschaften in Jena, an der Bauhaus-Universität Weimar und an der TU Ilmenau gibt es hervorragende Anknüpfungspunkte, die wir nutzen können.

Slusallek: Diese KI-Zentren sind ein Baustein, der gut zu dem passt, was wir mit CLAIRE erreichen wollen. Solche Zentren für Exzellenz soll es in ganz Europa geben, und wir wollen sie enger zusammenbringen, um den USA und China gemeinsam etwas entgegenzusetzen. Dazu gehört z.B. auch die Etablierung eines gemeinsamen Markenzeichens für europäische KI, um die vielen hervorragenden KI-Ergebnisse aus Europa auch gemeinsam sichtbar zu machen.

Ist die Politik mit der KI-Strategie der Bundesregierung und dem Beschluss der Fraktionsvorsitzendenkonferenz auf dem richtigen Weg?

Slusallek: Das sind entscheidende Schritte hin zu einer gemeinsamen KI-Strategie von Bund und Ländern. Ich sehe darin den Willen, gemeinsam die entscheidenden Punkte anzugehen, wie die Arbeitsbedingungen für Spitzenkräfte oder eine engere Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft. Am Ende geht es jedoch nur europäisch. Deutschland sollte zusammen mit Frankreich und anderen KI-starken Ländern schnell und energisch vorangehen. Übrigens auch, um ein zentrales Versprechen im Beschluss der Fraktionsvorsitzenden einzulösen: KI muss dem Menschen dienen. Das ist außerhalb Europas keineswegs selbstverständlich. Hier sind wir mit den ethischen Leitlinien der EU-Kommission schon wichtige Schritte gegangen, die es jetzt umzusetzen gilt.

Ein wichtiger Punkt, denn wir müssen auch über die Ängste reden. Die betreffen zum einen die Horrorvorstellungen, dass die KI-Systeme sich gleichsam verselbständigen und anfangen, die Menschen zu kontrollieren und zu beherrschen…

Slusallek: Man sollte Science-Fiction nicht mit der Wirklichkeit verwechseln. Wir sind meilenweit davon entfernt, KI-Systeme zu entwickeln, die ähnlich wie Menschen lernen oder sich gar selbständig weiterentwickeln können. Für ganz schmale Bereiche, wie etwa Schach oder Go, sind KI-Systeme heute schon uneinholbar gut. Doch diesen Systemen fehlen zum Beispiel Dinge wie emotionale Intelligenz, das komplexe kulturelle und gesellschaftliche Wissen. Menschen und KI-Systeme ergänzen einander, können sich aber nicht ersetzen. Gleichzeitig müssen wir aber diese Diskussion ernst nehmen und führen, denn solche Szenarien sind nicht prinzipiell ausgeschlossen. Technisch geht es darum, wie wir sicherstellen können, dass KI-Systeme sich unter allen Umständen in unserem Sinne verhalten. Was dieser Sinn ist, müssen wir aber als Gesellschaft gemeinsam entscheiden.

Mohring: Eine Debatte darüber, wozu KI eingesetzt werden soll und wozu nicht, werden wir führen müssen. Um es an Beispielen zu verdeutlichen: KI verbessert etwa die medizinische Diagnostik ganz erheblich. Es wäre sträflich, darauf zu verzichten. Wenn aber beispielsweise Land oder Kommunen auf Basis umfangreicher Datenmengen soziale Risikoprofile für einzelne Personen oder Familien erstellen würden, wäre das ethisch und rechtlich hochproblematisch. Solche Fragen dürfen wir nicht dem Selbstlauf überlassen.

Mindestens ebenso groß sind die Befürchtungen, dass die KI Arbeitskräfte überflüssig werden lässt…

Mohring: Jeder Besuch in einem beliebigen Freilichtmuseum zeigt uns jede Menge Berufe, die es nicht mehr gibt oder die heute von viel weniger Menschen unter ganz anderen Bedingungen ausgeübt werden. Man kann den Wandel nicht aufhalten, doch er lässt sich gestalten. Die Grundlagen für digitale Kompetenz müssen schon in der Schule gelegt werden. Und dass Lernen lebenslanges Lernen heißt, wissen wir nicht erst, seit über KI geredet wird. Unsere politische Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Slusallek: Der Wandel der Arbeitsmärkte wird sich nicht von heute auf morgen vollziehen. Und dann: Kein KI-System kann sich heute das Allgemeinwissen aneignen, das unser menschliches Leben ausmacht. Ein Beispiel aus der Justiz: Mit KI kann sich ein Richter sicherlich schneller alle entscheidungsrelevanten Paragraphen und Urteile zusammentragen und auswerten lassen. Die rechtliche Würdigung des konkreten Falles wird er aber noch immer selbst vornehmen müssen. Es geht voraussichtlich schneller, aber wird nicht grundsätzlich anders. Spannender ist die Frage, welche neuen Arbeitsfelder sich damit auftun und welche neuen Jobs daraus entstehen. Wir Menschen waren schon immer sehr gut darin, neue, sinnvolle und wertvolle Tätigkeiten für uns zu finden.

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)

Internet
www.cdu-landtag.de

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage
1,1 Millionen

Fotos
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Karikatur
Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung
Leography.com

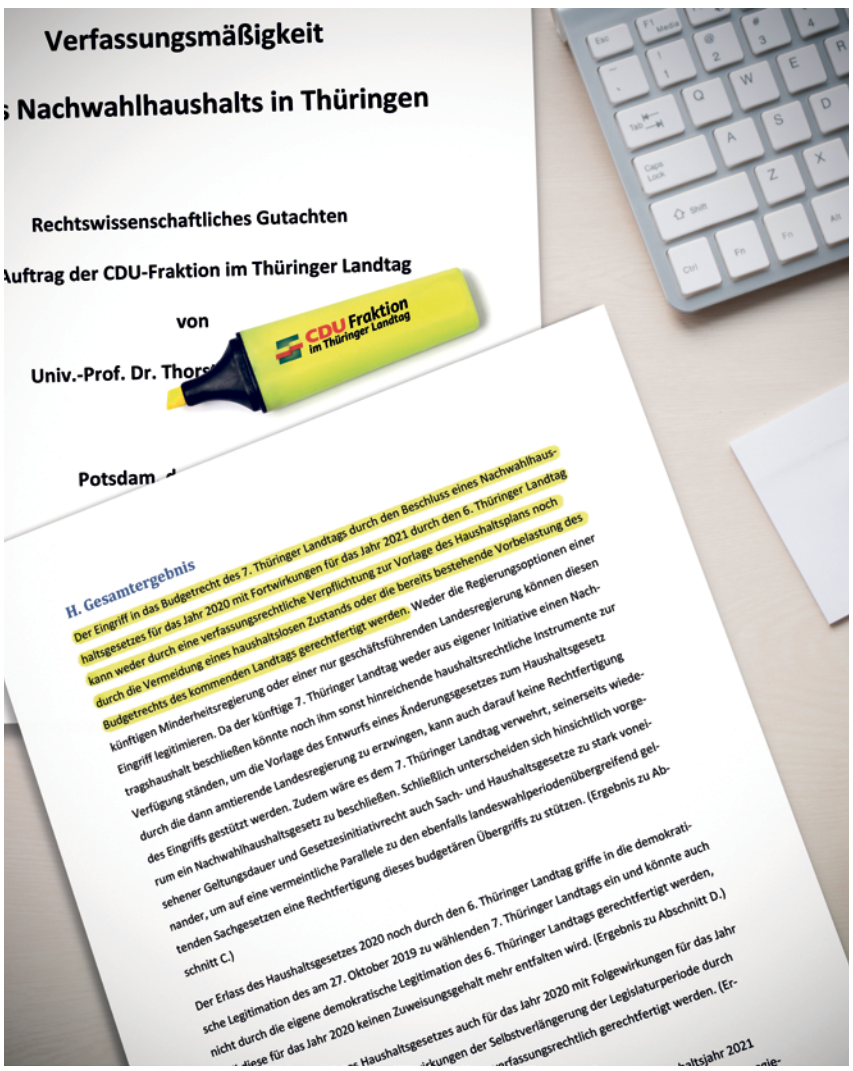
Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

Aus der Fraktion

Schloss Heidecksburg in Rudolstadt

Zuständigkeit für kulturelles Erbe muss in Thüringen bleiben

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag fordert mehr Transparenz bei den Verhandlungen um die mitteldeutsche Stiftung Schlösser und Gärten. „Die Landesregierung darf keine Fakten schaffen, bevor der Landtag über die Details einer solchen Stiftung beraten konnte", macht der CDU-Kulturpolitiker Jörg Kellner deutlich. Hintergrund sind die weit fortgeschrittenen Verhandlungen mit dem Land Sachsen-Anhalt und dem Bund, über die sich die Staatskanzlei lange in Stillschweigen gehüllt hatte. Erst eine Sondersitzung des Landtags Anfang Juni auf Antrag der CDU-Fraktion brachte zu Tage, was schon fast beschlossen war: Gegen Zahlung von 100 Millionen Euro aus der Bundeskasse soll Thüringen eine Stiftung mit Sachsen-Anhalt gründen, in die einzelne Schlösser der bisherigen Thüringer Schlösserstiftung überführt werden sollen. „Dabei geht es um das kulturhistorische Tafelsilber Thüringens. Solange die begründete Sorge vor einem Ausverkauf unseres Kulturguts im Raum steht, dürfen keine Entscheidungen fallen", so Kellner. Eine zusätzliche Stiftung und die dadurch entstehenden Doppelstrukturen lehnt Kellner ab: „Thüringen hat eine gut funktionierende, in großem Umfang Fördermittel ausreichende Schlösserstiftung, die weitere Objekte aufnehmen und in die die Bundesförderung sachgerecht investieren kann."



Haushalt für 2020 ist laut Gutachten verfassungswidrig

Die rot-rot-grüne Mehrheit im Thüringer Landtag hat den Landeshaushalt für 2020 verabschiedet – und damit gegen die Verfassung des Freistaats Thüringen verstoßen. Das stellt das Gutachten des Potsdamer Staatsrechtlers Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt fest. Denn die Landesregierung hat einen Haushalt für die Zeit beschlossen, für die der Landtag gar nicht mehr gewählt ist. Dessen Legislatur endet spätestens einen Monat nach der kommenden Landtagswahl am 27. Oktober. Der Haushaltsbeschluss für die Zeit danach kommt faktisch einer Selbstverlängerung der 6. Wahlperiode gleich und verletzt das Budgetrecht des 7. Thüringer Landtags, so der Tenor des Gutachtens. Schmidt betont in seinem Gutachten, dass es starke Gründe geben muss, in das Budgetrecht als das Königsrecht des Parlaments einzugreifen. Denn für das Demokratieprinzip entscheidend sind periodisch wiederkehrende Wahlen, in denen die Legitimation erneuert wird. Dadurch wird jeweils ein neuer Herrschaftszeitraum geschaffen. CDU-Fraktionschef Mike Mohring weist zudem darauf hin, dass Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) mit seinem beschlossenen Haushalt angesichts der erwarteten schwierigen Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl seine Amtszeit um wenigstens 12 Monate ausdehnen könne. Denn laut dem Gutachten „hat der Landtag kein Recht, nachträglich selbstständig Änderungen am Haushalt vorzunehmen". Umstritten ist aber nicht nur der Haushalt an sich, sondern auch das Volumen des Zahlenwerks. Im Jahr 2020 will Rot-Rot-Grün genau 11,109 Milliarden Euro ausgeben. Damit haben sich die Planausgaben im Vergleich zum letzten Haushaltsjahr der früheren CDU-SPD-Regierung um gut zwei Milliarden Euro erhöht. Etwa 700 Millionen Euro – so ist es geplant – sollen dafür aus der Rücklage des Freistaats entnommen werden. CDU-Haushaltsexperte Maik Kowalleck ordnet dieses Vorgehen ein: „Trotz einer aktuell noch glänzenden Einnahmesituation kann das erheblich gestiegene Haushaltsvolumen nur durch das Plündern der Rücklage finanziert werden. Die Regierung weigert sich, Prioritäten zu setzen und tut so, als ob es kein Morgen gibt", so Kowallecks Urteil.

Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Zwölf Punkte für ein besseres Klima

Mit einem Zwölf-Punkte-Papier haben die Chefs der Fraktionen von CDU und CSU in Bund, Ländern und Europa das Profil der Union in der Klimapolitik geschärft. Im Rahmen der Großen Fraktionsvorsitzendenkonferenz, an der auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder teilgenommen haben, zeigten sich die führenden Unionspolitiker einig, „dass die soziale Marktwirtschaft zu einer sozialen ökologischen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden muss“, so Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring als Vorsitzender und Gastgeber des dreitägigen Arbeitstreffens. In dem Papier fordern die Unionspolitiker unter anderem ein gemeinsames energiepolitisches Konzept von Bund und Ländern sowie die Umsetzung des Kohle-Kompromisses. „Neben dem Ziel der CO2-Reduzierung stellt die technische Weiterentwicklung bestehender Systeme einen zentralen Baustein dar. Transferanstrengungen von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Start-ups und Unternehmen aus Mittelstand und Handwerk sind zu verstärken und Initiativen stärker miteinander zu vernetzen“, heißt es in dem gemeinsam und einstimmig beschlossenen Papier. Daneben fordern die Fraktionschefs, die Senkung der in Deutschland hohen Energiepreise stärker in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Gebäude sollen mit steuerlichen Anreizen besser gedämmt werden. Und auch im Bereich des Flugverkehrs müsse der vergleichsweise hohe CO2-Ausstoß eingedämmt werden. Ausdrücklich unter Klimagesichtspunkten beibehalten wollen die Christdemokraten jedoch die Dieseltechnologie. „Fahrverbote für Verbraucher oder Produktionsverbote für die Wirtschaft sind aus unserer Sicht die falschen Ansätze. Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit des Diesel-Antriebs, der mit seinen vergleichsweise geringen CO2-Emissionen mittelfristig ein wesentlicher Baustein für den Klimaschutz bleiben wird“, erklärte Mohring. Vorausgegangen war dem Beschluss des Papiers eine Diskussion mit den Klimawissenschaftlern Dr. Patrick Graichen, Direktor der Denkfabrik Agora Energiewende, sowie dem Klimafolgenforscher Professor Dr. Wolfgang Lucht. Voraussetzung für die Umsetzung dieser Ziele ist jedoch eine Fortsetzung der großen Koalition bis zum Ende der regulären Legislaturperiode. Auch das forderten die CDU/CSU-Fraktionschefs aus Bund, Europäischem Parlament und den Bundesländern bei ihrem Treffen in Weimar.

Die wichtigsten Informationen
zum politischen Geschehen
jetzt als WhatsApp- oder Messenger-Nachricht

1. WhatsApp oder Facebook Messenger auf dem Smartphone installieren.
2. www.cdu-landtag.de/messenger besuchen oder den QR-Code rechts mit dem Smartphone scannen.
3. Den gewünschten Messenger auswählen.
4. Datenschutzerklärung akzeptieren und das nun erscheinende Feld auswählen.
5. Der ausgewählte Messenger öffnet sich mit einer vorgefertigten Antwort. Diese bitte abschicken.
6. Die angezeigte Nummer bei WhatsApp als Kontakt speichern.

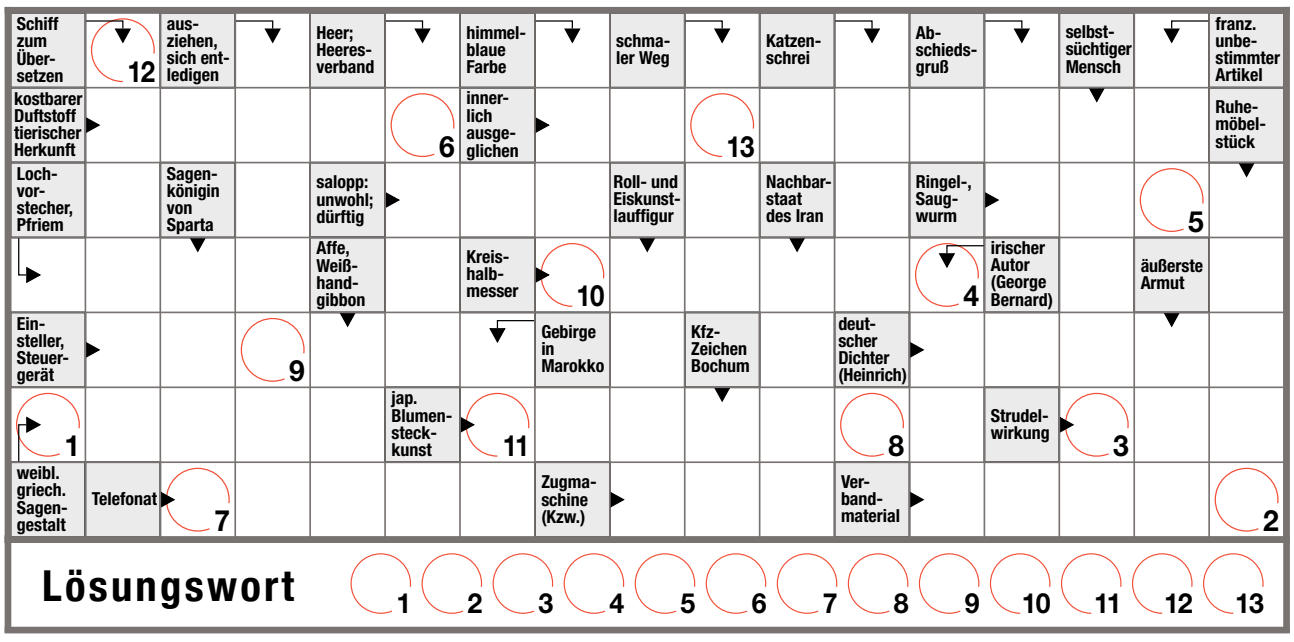
CDU Fraktion im Thüringer Landtag

Drogenpolitik

Drogen-TÜV mit Steuergeld

Die Schaufensterscheibe ist schon mit Spezialfolie abgeklebt. Ein Tresor für die Drogen ist ebenso wie eine Analysewaage bereits angeschafft. Und der dazugehörige Sozialarbeiter wird schon seit Mai 2018 vom Land finanziert. In einem kleinen Büro in der Erfurter Löberstraße sollen Drogensüchtige demnächst ihren Stoff auf den Reinheitsgehalt an berauschenden Substanzen überprüfen lassen. Kostenlos und straffrei – so die Hoffnung im linksregierten Thüringer Sozialministerium.

Noch aber gibt es Probleme mit der staatlich finanzierten Qualitätskontrolle von Heroin, Kokain und Marihuana. „Bevor eine laborgestützte Analyse von Substanzen möglich ist, muss der rechtliche Rahmen abschließend geklärt werden. Insbesondere bedarf es der Zustimmung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte zu dem Vorhaben“, heißt es in einer Antwort von Sozialministerin Heike Werner an den CDU-Gesundheitsexperten Christoph Zippel. Im Klartext: Die Landesregierung bewegt sich mit ihren Plänen in einer rechtlichen Grauzone. Denn bislang gilt, dass staatliche Stellen illegalen Drogenkonsum nicht fördern dürfen – etwa indem sie den Reinheitsgrad des Stoffs testen und die Szene beraten. Offiziell dient das Serviceangebot der Gesundheitsprävention der Süchtigen. Die Theorie: Sie könnten geschützt werden, indem sie vor verunreinigten Rauschmitteln oder zu hoch konzentrierten Drogen gewarnt werden. Vielleicht könnte die Halbtagskraft im Drogenbüro auch mit den Süchtigen über Wege aus ihrer Sucht ins Gespräch kommen. Doch nicht nur Zippel fragt, wie realistisch solche Szenarien sind. „Welcher Süchtige aus Jena, Heiligenstadt oder Pößneck fährt denn bis nach Erfurt, um seinen eben erworbenen Stoff testen zu lassen?“ Zumal ein kleiner Teil der Substanz im Analyseverfahren verbraucht werde. „In der Praxis wird das eine Serviceleistung für die Wiederverkäufer, die Drogenhändler, die großen Fische. Sie lassen den Stoff, der in vielen Fällen ohnehin gestreckt oder verdünnt wird, testen und könnten dem Kunden anschließend gegenüber ein vom Land finanziertes Zertifikat vorweisen, wie rein die Ware tatsächlich ist“, sagt Zippel. „Drogenkonsum mit staatlichem Gütesiegel. Das ist irre.“ Das diese Befürchtung nicht ganz ausgeschlossen werden kann, räumt auch Ministerin Werner ein. „Einen Weiterverkauf“, heißt es in der Antwort der Landesregierung, „kann der Träger des Projektes nicht ausschließen.“



Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie zwei VIP-Karten für den Jahresempfang der CDU-Fraktion im August 2019 auf der Messe Erfurt, ein edles Schreibset und eine Powerbank für das Smartphone. Einsendeschluss ist der **22. Juli 2019**. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail: quiz@cdu-landtag.de oder
Postadresse: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der Mai-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Regelschule“. Zu gewinnen gab es auch damals zwei VIP-Karten für den Jahresempfang, ein Schreibset und eine Powerbank. Unter den richtigen Antworten als Gewinnerin gezogen wurde Elfriede Seliger aus Greiz. Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG. Nach § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG ist es Aufgabe der Fraktionen, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. Es handelt sich damit um die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.